

Wir sind Europa auch wir Messelerinnen und Messeler



Sind wir uns dessen bewusst und beteiligen uns am 25. Mai an der Wahl des Europäischen Parlaments.

Sie sind gut beraten, SPD zu wählen. Sollten Sie am Wahltag verhindert sein, denken Sie daran, Briefwahl zu beantragen.

Wir sind Europa

Christian D. Falkowski, Botschafter a.D.

Die Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai ist ein Meilenstein für Demokratie und Bürgerbeteiligung am Projekt Europa. Mehr als drei Viertel unserer Gesetzgebung ist heute gemeinsame Europäische Gesetzgebung und wird daher primär in Europäischen Parlament verabschiedet.

Die Menschen auf dem Maidan-Platz in Kiew haben unter hohem Risiko für ein Leben in Frieden und Freiheit in Demokratie und Rechtsstaatlichkeit demonstriert, für etwas, das vielen von uns als selbstverständlich erscheint: Die Europäische Union ist ein Raum von Freiheit und Sicherheit mit einem Mehrwert gegenüber anderen Formen gesellschaftlichen Zusammenlebens und staatlicher Organisation in Europa.

Putins Feinderklärung an die Werte und Errungenschaften der Union sollte uns allen zu denken geben und ein Ansporn sein, uns darauf zurück zu besinnen, dass die Europäische Union vor allem ein politisches Projekt ist. In den Diskussionen bei uns geht es aber eher um afrikanische Bootsflüchtlinge, um rumänische und bulgarische Zuwanderer oder um das Gespenst einer Transfer-

union, in der sparsame nördliche Familienmitglieder den freigiebigeren südlichen Teil der Familie raushauen sollen; und einige züngeln sogar mit der Freizügigkeit im Schengenraum.

Aber bewegen sich alle diese Vorstellungen nicht überwiegend im Ökonomischen?

Was ja auch verständlich scheint – sind wir doch seit Jahren einer „Geiz ist geil“-Mentalität ausgesetzt. Ein Slogan, der durchaus dem Zeitgeist entspricht – dem der individuellen Nutzenmaximierung: was ist drin für mich, was springt dabei für mich raus, was hab ich davon. Da spielt Solidarität als Verpflichtung gegenüber den Schwächeren nur noch eine untergeordnete Rolle. Kein Wunder, dass bei den Diskussionen um Europa die ökonomischen Betrachtungen die Richtung vorgeben mit einer von Soll und Haben bestimmten Denkweise und der Gefahr einer zunehmenden ökonomischen Verengung. Aber die EU ist keine Aktiengesellschaft – die Union ist eine Wertegemeinschaft. Das europäische Betriebssystem ist nicht der Euro, sondern die Demokratie.

Fortsetzung auf der nächsten Seite ➔

Weiterer Inhalt:

- **Kurzbiografie**
Christian D. Falkowski
- **Das leidige Thema**
Haushalt

Fortsetzung Beitrag
Wir sind Europa

Europa ist ein Kontinent der Vielfalt in der Einheit des räumlich begrenzten Kontinents, geprägt durch seine Völker und Kulturen, durch seine Regionen und Länder. Die Enge des Raumes hat gemeinsame Errungenschaften hervorgebracht wie Kunst, Humanismus, Wissenschaft, die kulturellen Werte Europas. Das Konzept Europa ist ein Konzept des Friedens und nicht der Nutzenmaximierung für einzelne Gruppen.

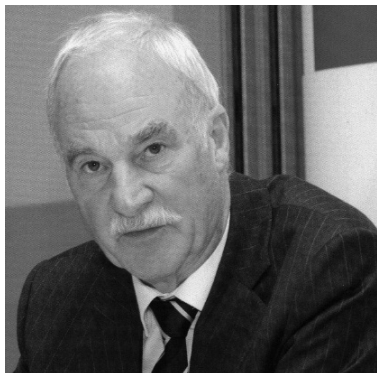
Allerdings ist die erfolgreiche Überwindung von nachbarschaftlichen Kriegen und Auseinandersetzungen heute als Begründung für Europa nicht mehr ausreichend. Sie ist vielmehr darin zu sehen, wie es Europa gelingt, sich in einer Welt zu behaupten mit kriegerischen Konflikten, Terrorismus, Migration, dem Kampf um knappe Ressourcen.

Es ist ein Europa geprägt von den Erfordernissen einer stärkeren Integration zur Sicherung einer gemeinsamen Zukunft. Die Europäische Union ist der Rahmen, um langfristige politische Ziele, wie nachhaltige Politik, dauerhaften Wohlstand, Bewältigung der Klimakrise, zuverlässige Energieversorgung und Sicherheit zu erreichen.

Die Europäische Union bezieht ihre Stärke aus der Souveränität, die die Mitgliedstaaten unter Begrenzung ihrer eigenen Macht und Gewalt gemeinsam durch die Union ausüben. In dieser gewinnbringenden Situation für alle zeigt sich die Natur der Politischen Union.

Das Kernstück der Europäischen Union ist ihr Wirtschafts- und Sozialmodell, eine „in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft“, so der Vertrag von Lissabon. Der Grundgedanke, den Ertrag des wirtschaftlichen Wachstums in einer fairen Aufteilung zwischen Arbeit und Kapital für das Erreichen sozialer Ziele einzusetzen, ist in ein wichtiger Faktor für den sozialen Frieden. Aber das Ende des Zeitalters westlicher Wirtschaftsdominanz zwingt Europa zu wirtschaftlichen Anpassungen und zu Änderungen im Lebensstil. Europa ist dabei, seine wirtschaftliche Vormachtstellung, die es über zweihundert Jahre lang gegenüber dem Rest der Welt hatte, vor allem an Länder in Asien zu verlieren. Angeführt vom Wirtschaftswachstum Chinas sind sie zu Konkurrenten um Märkte und Rohstoffe geworden in Bereichen, die lange die Domäne des Westens waren. Es ist aber nicht China oder irgendeine andere aufstrebende Macht, die





Christian Falkowski hat über 35 Jahre internationale Berufserfahrung überwiegend im Bereich Außenbeziehungen der Europäischen Kommission. Als Botschafter leitete er die EU-Delegationen in Pakistan, Jordanien/Jemen, Ägypten und Wien; er war u.a. auch Direktor des diplomatischen Außendienstes der Kommission. Er hat an der Technischen Universität Darmstadt u.a. politische Ökonomie studiert (Diplom-Wirtschaftsingenieur).

Kurzbiografie

Europa in Bedrängnis bringt, sondern die eigene Kurzsichtigkeit und die intensive Beschäftigung mit sich selbst. Eine strategische Ausrichtung auf die Zukunft mit Sicherheit und Wohlstand ist erst durch die Europäische Union möglich; der einzelne europäische Staat ist ohne Chance in einer globalen, multipolaren Welt, die zudem nicht mehr eine westliche ist.

Die Europäische Union, in der über 500 Mio. Menschen ihr Zusammenleben wirtschaftlich und politisch organisieren, ist die angemessene Größenordnung. In der Wahrnehmung seiner Bürger hat Europa vor dem Hintergrund globaler Finanz- und Wirtschaftskrisen sehr an Bedeutung gewonnen. Die Menschen sehen die Europäische Union nicht nur als Nutzgemeinschaft für die Wirtschaft, sondern wollen sie auch als Schutzgemeinschaft für die Bürger erleben.

Es hat sich bewährt, mit der Union eine Plattform für gemeinsame Politikgestaltung zu haben, mit der die Mitgliedsstaaten langfristige Strukturen und Vorgaben vereinbaren. Andernfalls besteht die Gefahr, dass die Staaten etwa ihre viel zu hohen Haushaltsdefizite kaum reduzieren würden, weil es den Politikern leichter fällt, populäre Versprechungen wie Steuerensenkungen zu machen, als sich an die schwierigen Aufgaben der Zukunft heranzuwagen. Hingegen kann Politik auf europäischer Ebene von Natur aus keine Kirchturmpolitik sein.

Die von vielen Politikern gewollte Unterteilung zwischen nationaler und europäischer Politik – nach dem Motto „Erfolge sind das Ergebnis nationaler Politik, Probleme kommen durch Europa“ – ist realitätsfern, zudem war sie von Anfang an falsch und unglaubwürdig. Nationale Parlamente müssen sich, wie das Europa Parlament, als selbstverständlichen Bestandteil des politi-

schen Systems der Europäischen Union begreifen. Sie müssen für mehr Transparenz, mehr Legitimation und damit mehr Demokratie in der Europäischen Union sorgen und können dazu beitragen, dass das Projekt Europa nicht, wie von vielen, als ein Elitenprojekt angesehen wird, sondern ein Europa für uns ist.

Ein Rückfall in nationale einzelstaatliche Vorgehensweisen, wie von populistischen Eurogegnern gefordert, würde unweigerlich zu einem Bedeutungsverlust Europas und seiner Mitgliedsstaaten führen. Eine auf kurzfristige Effekte angelegte Politik im Sinne von Nationalstaatlichkeit kann den langfristigen Erwartungen an die Europäische Union nicht gerecht werden. Es ist die politische Beteiligung von allen am Projekt Europa wodurch wir gemeinsam unsere Zukunft gestalten.

Allerdings muss die Modernisierung der Europäischen Union vorangebracht werden; der Weg dorthin darf aber nicht von jenen bestimmt werden, die vorgeben, das sei nicht machbar, sondern von denen, die erkennen, dass der Bedarf an Europa erneuert werden muss – zu groß sind die gemeinsamen Interessen, zu mächtig die Bedrohungen, die im Falle nationaler Alleingänge drohen, zu wichtig die grundlegenden Werte, wie Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Menschenwürde, die es gilt zu achten und zu verteidigen.

Und wie lässt sich ein Europa der Bürger verwirklichen? Am besten indem man couragiert damit anfängt: Geht zur Wahl zum Europäischen Parlament am 25. Mai, mobilisiert Eure Nachbarn und Bekannten.

**Denn: Wir sind Europa
– nicht die anderen.**

Christian D. Falkowski, Botschafter a.D.

Steigende Abgaben und Gebühren belasten die Bürger

Ursachen und Ausblick

Von vielen unbemerkt war der erste Akt die Umstellung aller kommunalen Haushalte auf die kaufmännische Haushaltsführung erstmals für das Jahr 2008. Ab diesem Zeitpunkt wird der Haushalt aufgeteilt in einen Ergebnishaushalt und einen Finanzhaushalt. Im Gegensatz zum Finanzhaushalt, in dem alle Einnahmen und Ausgaben dargestellt werden, umfasst der Ergebnishaushalt auch die Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen sowie Rückstellungen, im Wesentlichen für Pensionen und Beihilfen. Der letzte ausgeglichene Ergebnishaushalt konnte im Jahre 2008 aufgestellt werden. Seit 2009 konnte der Ergebnishaushalt nicht mehr ausgeglichen werden. Die Verluste betragen: für das Jahr 2009 € 842.000, für 2010 € 1.025.000, für 2011 € 1.052.000, für 2012 € 853.000 und für das Jahr 2013 € 1.321.000. Bis zum Jahr 2010 konnten die aufgelaufenen Verluste über die in vielen Vorjahren angesammelten Überschüsse noch aufgefangen werden; dann waren alle Rücklagen aufgebraucht. Zum Ende 2013 betrug der gesamte Fehlbetrag der Jahre 2011–2013 € 2.263.000 und in 2014 kommen nochmals laut Plan ca. € 1,6 Millionen hinzu. Im Finanzhaushalt beträgt der Fehlbetrag bis Ende 2013 ca. € 1,8 Millionen, der über Kreditaufnahmen ausgeglichen werden musste.

Was waren die Ursachen?

Neben den bereits erwähnten Abschreibungen, Zinsen und Rückstellungen, die nun dauerhaft den Ergebnishaushalt belasten, waren und sind es:

1. die Kindertageseinrichtungen – hier sind vom Gesetzgeber Pflichtaufgaben hinzugekommen, ohne dass ein entsprechender finanzieller Ausgleich für die hohen Betriebskosten geleistet wird. Allein für die beiden Einrichtungen beträgt der Fehlbetrag im Jahre 2014 ca. € 1,3 Millionen, obwohl hier bereits erhöhte Kindergartenengebühren eingerechnet wurden.

2. die Ausgaben für steigende Zahlungen an Kreis- und Schulumlagen, gestiegene Energie- und Unterhaltungskosten für die Liegenschaften (Bürgerhaus, Sporthalle,

Feuerwehr, Bauhof, Haus der Vereine, Museum)

3. die dauerhafte Unterdeckung der Gebührenhaushalte (Friedhof, Wasser und Abwasser, Wertstoffhof)

4. der Rückgang der Gewerbesteuer, bedingt durch fehlende Wirtschaftsförderung und zunehmende Verlegung von Gewerbe an andere Standorte. So betragen die Gewerbesteuereinnahmen im Jahre 1998 noch € 1,4 Millionen, im Jahre 2010 nur noch € 0,8 Millionen und im Haushalte 2014 sind es gerade einmal € 0,5 Millionen, und

5. in 2013 und 2014 nachgeholte Reparaturen in beiden Kindergärten.

Ausblick:

Trotz all dieser Umstände zwingt uns der Gesetzgeber, den Haushalt so zu gestalten, dass bis zum Jahre 2020 keine Fehlbeträge im Ergebnishaushalt ausgewiesen werden. Zu diesem Zweck sind bereits die Gebührenhaushalte entsprechend angepasst worden. Die Gemeinde ist verpflichtet, mit dem Haushaltsplan 2014 ein Haushalts sicherungskonzept vorzulegen, das die Maßnahmen im Detail aufzeichnet, um dieses Ziel zu erreichen. Das nun von der Gemeindevertretung unter großen Bauchschmerzen verabschiedete Konzept sieht Einsparungen und Ergebnisverbesserungen in 35 Einzelpositionen in Höhe von rund € 0,6 Millionen pro Jahr vor. Auch diese Maßnahmen reichen leider nicht zur Deckung aus. Die dann noch fehlenden Beträge müssen entweder über noch größere Einsparungen auf der Ausgaben-seite (die auch für die Bürger und Vereine sehr schmerzlich sein würden) oder über die Anpassung der Grundsteuer B erfolgen.

Eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes von heute 290 % auf 350 % im Jahre 2015 scheint unausweichlich. Über weitere Ergebnisverbesserungen wird jeweils von Jahr zu Jahr neu entschieden werden müssen.

Werner Richter, Vorsitzender des Haupt- und Finanzausschusses

Impressum

Herausgeber:
SPD-Ortsverein Messel
Nils Kaffenberger
Germannstraße 14
64409 Messel
Tel. (0 61 59) 57 16
www.spd-messel.de

Redaktion:
Arbeitsgruppe Redaktion
Bruno Vock
Tel. (0 61 59) 3 13

Grafik, Gestaltung, Satz:
www.mediateam24.de

Interessante Beiträge oder
Leserbriefe sind der Redaktion
jederzeit willkommen.
Sie erreichen uns auch per
e-mail: axel.roller@t-online.de